

Streit um Paulshöhe erneut entfacht

CDU-Fraktion will mit Änderungsantrag Fokus auf Wohnbebauung legen, Linke favorisiert Dreifachnutzung

Bert Schüttpelz

Das Gras im Stadion Paulshöhe wächst. Während die Fußballer unter der Corona-Zwangspause leiden, freut sich der Rasen über die Ruhezeit. Dennoch ist die Zukunft des üppigen Grüns ungewiss. Denn jetzt ist auch innerhalb der Kommunalpolitik der alte Streit um die Zukunft der Paulshöhe aufs Neue ausgebrochen.

2018 hatte die Stadtvertretung nach jahrelanger Debatte beschlossen, die alte Sportanlage nicht mehr zu sanieren, sondern aufzugeben und in einen Wohnstandort umzuwandeln. Mindestens fünf Millionen Euro sollte der Verkauf des rund 33000 Quadratmeter großen Areals zum Schuldenabbau der Stadt beisteuern. Über die Art der Wohnbebauung sollte ein Bürgerforum diskutieren. Doch dessen Empfehlungen sehen eine mehrheitliche Nutzung durch die Waldorfschule vor. Das sorgt nun für Zwist.

Die CDU/FDP-Fraktion fordert bei den Planungen für die Paulshöhe eine stärkere Berücksichtigung der Wohnbebauung. „Unsere Fraktion hat sich in den vergangenen Wochen intensiv mit den Empfehlungen des Dialogforums Paulshöhe auseinandergesetzt und unter anderem auch ein Gespräch mit Vertretern der Waldorfschule geführt.

„Im Ergebnis dieses Diskussionsprozesses fordern wir, bei den Planungen für das Gebiet das Thema Wohnbebauung stärker in den Fokus zu nehmen“, erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Bauausschusses, Silvia Rabethge. „Deshalb werden wir einen entsprechenden



Perfekter Rasen auf dem Fußballplatz Paulshöhe. Coronabedingt wird derzeit nicht gespielt. Doch auch die Zukunft der Paulshöhe ist ungewiss.

Foto: Bert Schüttpelz

Änderungsantrag zum Bebauungsplan Nr. 106 ‚Wohnpark Paulshöhe‘ einbringen. Wir möchten, dass auch drin sein sollte, was draufsteht: nämlich ‚Wohnpark‘. Von dieser Idee ist in den vorgelegten Empfehlungen kaum noch etwas zu finden“, so Rabethge. Konkret sieht der CDU/FDP-Beschlussvorschlag vor, dass der Oberbürgermeister aufgefordert wird, bei der weiteren Erarbeitung des Bebauungsplanes Nr. 106 den Anteil der Wohnbebauung gegenüber der Empfehlung des Dialogforums deutlich zu erhöhen.

Silvia Rabethge: „Uns ist bewusst, dass mit unserem Änderungsantrag die Möglichkeiten für die Bebauung der Paulshöhe mit einem Schulcampus in den vom Dialogforum empfohlenen Dimensionen nicht mehr gegeben sind. Um der Waldorfschule eine Umsetzung ihres Projektes dennoch zu ermöglichen, fordern wir den Oberbürgermeister auf, dem Trägerverein der Waldorfschule Alternativen für einen Stand-

ort eines Schulneubaus zu unterbreiten. Wir gehen dabei davon aus, dass entsprechende Flächen, die auch verkehrstechnisch besser angebunden sind als die Paulshöhe, angeboten werden können.“

Ob der Vorstoß der CDU eine Mehrheit in der Stadtvertretung findet, ist aber ungewiss. Denn die Linke hat bereits einen „Änderungsantrag zum Änderungsantrag“ der Christdemokraten eingebracht, wie Fraktionschef Gerd Böttger berichtet. „Wir meinen, dass das Ergebnis der Arbeit des Dialogforums Berücksichtigung finden muss, auch wenn der ursprüngliche Beschluss der Stadtvertretung eine etwas andere Intention hatte. Und ich erinnere daran, dass es schon damals viele Gegenstimmen gab, die für eine öffentliche Nutzung plädierten“, erläutert Böttger. Und wenn die Stadt im Kontext Paulshöhe mehr Sozialwohnraum wünsche, könne quasi als Austausch das jetzige Areal der Waldorfschule eine entsprechende Umnut-

zung erfahren. Skepsis gegenüber dem CDU-Antrag kommt auch aus der Fraktion der Unabhängigen Bürger. „Wir werden ihn nicht unterstützen“, sagt UB-Fraktionschef Silvio Horn. „Wir können dem Vorschlag des Dialogforums für eine Mischnutzung

folgen.“ Allerdings sei über den Umfang der Wohnbebauung noch zu reden. „Wichtig ist uns, im Quartier senioren-gerechtes Wohnen zu ermöglichen“, so Horn. Am Donnerstag wird der Bauausschuss über die Zukunft der Paulshöhe beraten.

Bürgerwillen nicht ignorieren

KOMMENTAR



Bert Schüttpelz
bert@svz.de

Es ist ein Gebot der politischen Fairness, dass die Stadtvertreter eigene, mit Mehrheit gefasste Beschlüsse

nicht wieder in Frage stellen. Beim Thema Wohnpark Paulshöhe liegt die Sache aber anders. Da hat die Kommunalpolitik das Dialogforum selbst eingesetzt. Und das wurde zum Teil nach dem alten griechischen Demokratieverfahren per Losentscheid besetzt. Die Arbeit dieses Gremiums jetzt vom Tisch zu wischen, weil dessen Empfehlungen nicht den ursprünglichen Erwartungen entsprechen, wäre fatal. Die Politik darf Bürgerwillen nicht ignorieren.